

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Dienstag, 18. Mai 2010 18:29
An: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE
Betreff: Zur Information: Stellungnahme zur Aussendung anlässlich des 60. Städtetages in Villach: Elementarbildungseinrichtungen, verpflichtendes Kindergartenjahr
Gesendet: Dienstag, 18. Mai 2010 18:26
An: 'buergemeister@magwien.gv.at'; 'post@staedtebund.gv.at'
Cc: 'saskia.sautner@staedtebund.gv.at'; 'paul.weis@wien.gv.at'
Betreff: Ihre Aussendung anlässlich des 60. Städtetages in Villach: Elementarbildungseinrichtungen, verpflichtendes Kindergartenjahr

Herrn Bürgermeister
Dr. Michael Häupl
Präsident des Österreichischen Städtebundes

post@staedtebund.gv.at
buergemeister@magwien.gv.at

Ihre Aussendung anlässlich des 60. Städtetags in Villach vom 26.-28. Mai

Keine Gewalt an Kindern! Kinder sind unsere Zukunft. Kinder haben ein Recht auf Bildung.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Häupl!

Die Bildung, Betreuung und Erziehung von Geburt an gilt als Schlüsselfaktor für den späteren Lern- und Lebenserfolg und ist einer der zentralen Bausteine, um die Bildungsfähigkeit benachteiligter Kinder zu verbessern.

Und was tun viele in der österreichischen Politik?

Statt sich zum Ziel zu setzen, frühkindliche Bildung in Österreich nachhaltig in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft zu verankern und ein interdisziplinäres Netzwerk mit Partnern aus Forschung, Praxis, Politik und Gemeinwesen aufzubauen, wird gejammert, wird in Frage gestellt, werden die richtigen Prioritäten (wieder einmal) nicht gesetzt!

Die Budgetsäckel sind leer – aber anstatt etwa den konstruktiven Vorschlägen von WIFO und Rechnungshof zu folgen, will man bei den Kleinsten zu sparen anfangen.

[Landeshauptmann Voves](#) (SP), [Staatssekretär Lopatka](#) (VP), [Gemeindebundpräsident Mödlhammer](#) (VP), Salzburgs [Bürgermeister Schaden](#) (SP), um nur einige zu nennen, – und auch [Vizekanzler Pröll](#) (VP) richten ihre (politische) Gewalt gegen die Kinder.

Sie selber verweisen nun darauf, dass das „verpflichtenden Kindergartenjahr, das

Erstes Opfer also: der Gratiskindergarten?!

Dabei gab es eine bemerkenswerte Einigkeit zwischen den Parteien (Marek/Heinisch-Hosek/Schmied) über den Stellenwert der frühkindlichen Bildung... Und die Bundesländer haben überraschend schnell nach den zusätzlichen Budgetmitteln gegriffen...

Gewiss: die Quantität wurde dabei (zunächst) über die Qualität gestellt. Und damit nur allzu offensichtliche Angriffsflächen geschaffen. Aber: es wurde gestaltet, es wurde, endlich, eine jahrzehntelange Misere in der österreichischen Bildungslandschaft konstruktiv zu überwinden [angefangen](#).

Erste – noch nicht voll befriedigende - Schritte, auch die Qualität zu steigern sind gesetzt: [Sprachförderung](#) und [BildungsRahmenPlan](#).

Auch das ExpertInnen-Papier über die [PädagogInnen-Ausbildung NEU](#) scheint ein nicht allzu überzeugender Versuch geblieben zu sein, der nun der Konkretisierung hart...

„Die öffentliche Finanzierung von Kindergartenplätzen ist ein politisches Bekenntnis dazu, dass die Förderung von Klein- und Vorschul-Kindern eine fundamentale, gesellschaftliche Notwendigkeit mit beträchtlichen Auswirkungen sowohl auf das einzelne Kind als auch auf das ganze Land bedeutet.“ ([Doris Knecht](#))

Förderung von Kindern von 0-6 Jahren ist eine unwiederholbare Investition in die Zukunft. Was ein Land für die Kleinkinder tut, bekommt es später hundertfach zurück.

Engagierte Eltern, Mütter, Väter, Berufsgruppen und TrägerInnen-Einrichtungen fordern seit langem, dass der Bund für den elementaren Bildungsbereich - ebenso wie für den übrigen Bildungsbereich - Verantwortung übernehmen soll. Einerseits, um bundesweit einheitlich gesetzlich geregelte Bedingungen für MitarbeiterInnen, Träger-Vereine und Eltern zu schaffen, andererseits um für die festzulegenden Qualitätsstandards die entsprechenden finanziellen Mittel bereit zu stellen und die notwendige Quantität der Einrichtungen zu sichern. Die Personalentwicklung und Umsetzung von Bildungsplänen sollten bei den Ländern und Gemeinden bleiben.

Das Zusammenwirken von Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Beschäftigungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, von Bundesländern und Gemeinden, der Sozialpartnerschaftlichen Einrichtungen sowie der Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Universität sollten von der Politik aktiv eingefordert und umgesetzt werden.

Und zwar ohne ideologische/konfessionelle und regionale Beschränktheiten.

Aber das ist wohl ein Umdenkprozess, der in Bund, Ländern und Gemeinden noch intensiver „Frühförderung“ bedarf.

„Geht es nach Wissenschaftsministerin Beatrix Karl, könnten SPÖ und ÖVP gemeinsam eine Gesamtreform der Bildung vom Kindergarten bis zur Uni

ausarbeiten.“ heißt es in einer kürzlich ausgesandten [APA-Aussendung](#).

Ich meine:

- eine Gesamtreform in der Regulierung aller Bildungs- und Betreuungseinrichtungen;
- eine Gesamtreform in der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller PädagogInnen;
- eine Gesamtreform in der Durchlässigkeit des beruflichen Einsatzes während des gesamten Berufslebens der PädagogInnen: von den Elementar- über die Primar- und Sekundar- bis zu den im tertiären Bereich tätigen PädagogInnen;

ist dringend erforderlich.

Und zwar inhaltlich, organisatorisch und finanziell.

Wie sagt Vizekanzler Pröll im "trend"-Gespräch? "Dass sich jeder einmal positioniert, verstehe ich. Am Ende muss eine Lösung stehen. Die "Diskussion wird hart, aber professionell werden".

Sehr geehrter Herr Bürgermeister als Präsident des Österreichischen Städtetages!

Umfangreiche Konzepte und Ideen für eine auch wirtschaftlich sinnvolle Neuordnung der vorschulischen Bildungslandschaft gibt es seit langem, von den [Sozialpartnern](#), von den in der [Plattform EduCare vereinten Berufsvertretungen und TrägerInnenvereinigungen](#), von politischen Parteien und anderen mehr: sie müssen nur eingefordert und endlich auch ernst genommen werden. Und nicht wie unsere seinerzeit an Bundeskanzler Faymann und Vizekanzler Pröll zur Unterstreichung der notwendigen

Reformen im elementaren und außerschulischen Bildungsbereich übergebenen [Unterschriftenlisten der ElementarpädagogInnen und Mitengagierten](#) irgendwo in den Archiven abgelegt werden.

Gerade die Stadt Wien setzt seit geraumer Zeit nachhaltige, mutige Schritte für die Verbesserung der Qualität und Quantität der elementarpädagogischen Einrichtungen in der Bundeshauptstadt: und zwar unter Einbeziehung aller TrägerInneneinrichtungen: der privaten wie der parteinahen bzw. kirchlichen (u. a.) ebenso wie der städtischen.

Ich ersuche Sie daher dringend, konstruktive Arbeit für die Bildung und Erziehung in Österreich auch im Rahmen der kommenden Tagung des Städtebundes nicht nur einzufordern, sondern auch im eigenen Bereich der Städte in die Wege zu leiten und zu gewährleisten und keine vordergründigen Sparüberlegungen in diesem Bereich zu fordern!

Mit freundlichen Grüßen

Johannes-Maria Lex

Krausegasse 7a/10
1110 Wien